

Israel - erst die Fakten, dann die Meinung



Institut für Israelologie

www.israelogie.de - Institut für Israelologie - Rathenaustrasse 5-7 - 35394 Gießen

Dokumente zum Goldstone-Bericht und Gazakrieg

Wie das Opfer zum Täter gestempelt wird - der Goldstone-Bericht

DOWNLOAD aus der Kategorie: Staat Israel aktuell #1

Quelle:
Christen an der Seite Israels
Autor:
Zusammengestellt und kommentiert von
Fritz Ehmendorfer, Mühlacker

Goldstone-Bericht in den Medien-Zusammenstellung

Dokumente zum Goldstone-Bericht und Gazakrieg

1. Vize-Außenminister Danni Ayalon nimmt zum Goldstone-Report Stellung (MFA u. JP, 15.10.09)

„Der Goldstone-Report ist ein arglistiges, parteiisches und unprofessionelles Dokument und gehört zu jenen Dingen, die von Israels Feinen benutzt werden, um Israel zu verurteilen. Es gibt einen Grund dafür, dass nicht nur Israel seine Stimme gegen diesen Report erhoben hat, ebenso wie die USA, Kanada, Neuseeland und Australien, sondern die gesamte aufgeklärte westliche Welt, so auch Großbritannien und andere europäische Staaten. Und all jene, die diesen Report unterstützen, sind genau jene Länder, die nicht eine Spur Menschenrechte gewähren.

Um es klar zu sagen – was hat die Hamas getan? Sie hat auf unschuldige Zivilisten Raketen abgeschossen und sich selbst hinter ihren eigenen Zivilisten in Schutz gebracht. Sie hat zwei Verbrechen begangen.

Es gibt Dinge, die untersucht werden müssen, und es gibt Dinge, die wir untersuchen. Bis jetzt gab es bereits 23 Untersuchungen. Eingehende Untersuchungen werden vorgenommen, sobald ein glaubwürdiger Bericht vorliegt, der besagt, dass weitere Untersuchungen notwendig sind. Das ist etwas, was wir selbstverständlich tun und weiterhin tun werden, nicht wegen des Goldstone-Reports, nicht weil uns jemand sagt, dass wir dies zu tun haben, uns rügt oder Moral predigt. Wir tun es unseretwegen und wegen dem, an was wir glauben, denn moralische Werte sind mit dem Volk Israel seit Generationen tief verwurzelt und auf ihnen basiert die Gründung des Staates Israel.

Wir werden damit fortfahren, zu untersuchen, aber ganz sicher nicht wegen dieses Berichts, denn er ist rein politisch motiviert, um Israel anzugreifen.

Es ist wirklich eine Schande, dass die Palästinensische Autonomiebehörde, von der wir einen Moment glaubten, dass auch sie den Bericht zurückweisen würde, ihre Meinung aufgrund internen Drucks geändert hat. Das beweist, dass es wirklich schwierig ist, sich auf Leute zu verlassen, die ihre Meinung wegen Druckausübung ändern. Wie können Abkommen mit solchen Leuten unterzeichnet werden? Das kann ich an dieser Stelle nicht beantworten und das sollte separat erörtert werden. Aber in Hinblick auf diesen Bericht wird es nicht dazu kommen. Die israelische Knesset ist sicherlich nicht der Ort, das gesamte Spektrum der Militäroperation „Cast Lead“ in irgendeiner Form zu diskutieren, in der der Goldstone Report erwähnt oder berührt wird. Er ist eine Farce. Er ist ein Frevel.

Was ich ihnen vorschlage, sehr geehrte Knessetmitglieder, ist, diesen Tagesordnungspunkt vollständig von der Agenda zu streichen. Ich sage hier noch einmal dass alles, was untersucht werden muss, untersucht wurde, untersucht wird und untersucht werden wird. Danke."

(MFA, 15.10.09)

Am morgigen Freitag, so wird von den Palästinensern erwartet, wird der UN Menschenrechtsrat in Genf einen fünfseitigen Resolutionsentwurf verabschieden, der Israel der Menschenrechtsverletzungen in Jerusalem, der West-Bank und dem Gaza-Streifen bezichtigt.

Das Dokument wurde zwei Tage vor der Sondersitzung am heutigen Donnerstag zu den Aktivitäten Israels in Ostjerusalem und der Westbank von Ägypten, Nigeria, Pakistan und Tunesien eingereicht.

Der Großteil der Sitzung wird sich mit dem Goldstone-Report beschäftigen, der die israelische Militäroperation im Gaza-Streifen letzten Winter verurteilt.

Die Resolution erwähnt in keiner Weise die palästinensische Gewalt gegen Israel, wie zum Beispiel den achtjährigen Raketenbeschuss aus dem Gaza-Streifen auf die südlichen Gemeinden und Städte Israels. (jpost, 15.10.09)

2. "Italien hilft Israel gegen Goldstone-Bericht"

06. Oktober 2009

ROM (inn) - Der italienische Außenminister Franco Frattini hat Israel Unterstützung im Kampf gegen den Goldstone-Bericht zugesichert. Am Montag kam er in Rom mit dem Knesset-Vorsitzenden Reuven Rivlin zusammen. Der UN-Report über die Operation "Gegossenes Blei" im Gazastreifen wirft Israel und der radikal-islamischen Hamas Kriegsverbrechen vor.

"Nach acht Jahren der Zurückhaltung haben wir einen Krieg beantwortet und einen schweren Angriff durch den Goldstone-Bericht eingesteckt", sagte Rivlin in dem Gespräch. "Das ist eine unerträgliche Situation, die dazu führt, dass wir uns nicht selbst werden verteidigen können. Andererseits werden wir zu Zugeständnissen gegenüber den Palästinensern aufgefordert, aber wir können uns nachher nicht militärisch mit möglichen Folgen der Kompromisse auseinandersetzen."

Der Vorsitzende des israelischen Parlaments fügte hinzu: "Ein großer Teil der Öffentlichkeit in Israel ist für ein Abkommen zum Verzicht bereit, aber nicht zu Illusionen. Die Räumung des Gazastreifens hat dazu geführt, dass eine harte Front im Süden entstand, und der Raketenbeschuss auf Israel hat gewaltig zugenommen."

Wie die Tageszeitung "Ma'ariv" unter Berufung auf Rivlins Büro berichtet, zeigte Frattini Verständnis dafür, dass Israelis eine Teilung Jerusalems für unmöglich halten. Auch verstehe er die Auffassung, dass dies zu einer endlosen Verlängerung des Konfliktes führen könne statt zu seiner Lösung. Der Italiener äußerte die Ansicht, in der arabischen Welt wachse die Auffassung, dass die Stunde für eine Normalisierung mit Israel gekommen sei.

"Der italienische Außenminister ist ein wahrer Freund Israels, der ihm in seinen schweren Stunden zur Seite stand", fasste Rivlin das Gespräch zusammen. "Bei unserem Treffen bekundete er Verständnis für die strategischen Erwägungen und die Sicherheitsbedürfnisse Israels."

Laubhütte im historischen Stadtzentrum

Der Likud-Politiker nahm zudem an der Einweihung einer Laubhütte (Sukka) im historischen Zentrum von Rom teil. Sie wurde erstmals von der Chabad-Bewegung auf der Piazza Farnese errichtet. Mitglieder der jüdischen Gemeinde beteiligten sich ebenso an der Feierstunde wie Vertreter von Regierung, Stadtverwaltung und israelischer Botschaft. Rivlin betonte enge Beziehungen zwischen Rom und Jerusalem.

Die italienische Politikerin Patrizia Lorenzini sprach als Repräsentantin der Regierung und wies auf den symbolischen Wert der Sukka hin. Man müsse die Bemühungen um einen Frieden in Nahost fortsetzen. Italien halte entschieden an seiner Nähe zum jüdischen Staat fest.

Das jüdische Laubhüttenfest Sukkot hat am Freitagabend begonnen und dauert eine Woche.

3. Israels UN-Botschafter in Genf kritisiert Goldstone-Bericht

Israels Botschafter bei den Vereinten Nationen in Genf, Aharon Leshno Yaar, hat in einer Sitzung des UN-Menschenrechtsrats zu dem Bericht der Goldstone-Kommission Stellung genommen, der Israel einseitig wegen seiner Militäroperation im Gaza-Streifen anprangert.



Foto: UN Photo/Jean-Marc Ferre

„Dies ist ein Bericht – von 575 Seiten –, in dem das Recht auf Selbstverteidigung nicht erwähnt wird, in dem der Waffenschmuggel nach Gaza durch Hunderte von Tunneln mit keinem Wort erwähnt wird.“

Ein Bericht, der auf vorweg gefilter-

te palästinensische Zeugen basiert, von denen nicht einer über die terroristischen Aktivitäten der Hamas oder den Missbrauch von Zivilisten, Krankenhäusern und Moscheen für terroristische Angriffe befragt worden ist.

Ein Bericht, der auf sorgsam ausgewählten Vorfällen basiert, die für den politischen Effekt handverlesen wurden. Wie Richter Goldstone in einem öffentlichen Schriftwechsel offenbarte: „Wir haben uns nicht mit den Problemen der Durchführung von Militäroperationen in bewohnten Gebieten befasst. Wir haben dies bei den von uns untersuchten Vorfällen zu vermeiden beschlossen.“

„Anders als die Hamas-Terroristen, die sich über jeden zivilen Todesfall freuen, betrachtet Israel jeden zivilen Todesfall als Tragödie, fühlt sich Israel verpflichtet, jedem Vorwurf eines Fehlverhaltens voll nachzugehen. Nicht wegen, sondern trotz des Berichts.

Damit kein Zweifel besteht. Dieser Bericht wird das Leben der Einwohner von Sderot und Gaza-Stadt, von Kiryat Shmona und Jenin in keiner Weise erleichtern. Indem er terroristische Taktiken unterstützt und rechtfertigt, ist er ein Verrat an Israel und den gemäßigten Palästinensern gleichermaßen.“

Die vollständige Rede Leshno Yaars gibt es unter dem folgenden Link: http://www.mfa.gov.il/MFA/Foreign+Relations/Israel+and+the+UN/Speeches+-+statements/Amb_Leshno_Yaar_UN_Human_Rights_Council_29-Sep-2009.htm

(Außenministerium des Staates Israel, 29.09.09)

4. Was weiter mit Goldstone-Bericht?

[091001na]

Sollte der einseitig Israel verurteilende UNO-Goldstone Bericht über den Gazakrieg in der Genfer Menschenrechtsbehörde genug Stimmen bekommen um vor den UN-Sicherheitsrat gebracht zu werden, so wäre das das Ende des Friedensprozesses, denn Israel darf nicht in moralischer Augenhöhe mit Terroristen bewertet werden, erklärte Ministerpräsident Netanjahu.

23. September 2009

5. Goldstone-Bericht: Israel appelliert an EU-Staaten

JERUSALEM (inn) - Israel hat die Staaten der Europäischen Union aufgefordert, sich vom Goldstone-Bericht über den jüngsten Gaza-Krieg distanzieren. Der Report widerspreche dem grundsätzlichen Recht auf Selbstverteidigung von Ländern, sagte der Generaldirektor des israelischen Außenministeriums am Dienstag bei einem Treffen mit 26 europäischen Botschaftern.

"Der Goldstone-Bericht muss den demokratischen Staaten Sorge bereiten, die gegen den Terror kämpfen", so der Generaldirektor, Jossi Gal, bei dem Gespräch in Jerusalem. Die EU-Staaten sollten auf jede mögliche Weise bekun-

den, dass sie sich klar von dem UN-Report distanzieren. Dieser sei nicht juristisch, sondern "ein politisches Propagandaplakat, das eindimensional und gegen Israel gerichtet ist". Der Bericht war das Ergebnis einer Untersuchungskommission zur Militäroperation "Gegossenes Blei" gegen die Terrorinfrastruktur im Gazastreifen Anfang des Jahres. Er wirft sowohl Israel als auch der radikal-islamischen Hamas Kriegsverbrechen vor.

Gal rief die EU-Botschafter auch auf, die antiisraelischen Worte des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad anzuprangern. Dieser sei "ein Serienholocaustleugner, der sein Land zum aussätzigsten in der Welt gemacht hat". Der Israeli dankte den europäischen Staaten für ihre Kritik an entsprechenden Äußerungen des Iraners. Das meldet die Tageszeitung "Jediot Aharonot".

Ein weiteres Thema waren die Erleichterungen, die Israel für die palästinensische Wirtschaft zugelassen habe. Dadurch hätten sich Produktion und Lebensstandard im Westjordanland verbessert.

Von: E. Hausen

6. Israels Reaktion auf den ‚Goldstone-Bericht‘

(Außenministerium des Staates Israel, 15.09.09)

Israel ist entrüstet und enttäuscht über den Bericht, der am 15. September von der Gaza-Untersuchungsmision veröffentlicht wurde. Der ‚Goldstone-Bericht‘ ignoriert praktisch Israels Recht auf Selbstverteidigung, stellt unbegründete Behauptungen zu seinen Absichten auf und stellt Israels demokratische Werte und Rechtsstaatlichkeit infrage.

Gleichzeitig ignoriert der Bericht völlig die gezielte Strategie der Hamas, innerhalb der Zivilbevölkerung zu operieren und dicht bevölkerte Gebiete zum Kampfschauplatz zu machen. Indem er über solche Taktiken hinwegsieht, belohnt er sie regelrecht.

Der Bericht verhüllt kaum sein Ziel, zu einer politischen Kampagne gegen Israel anzustacheln; mit seinen Empfehlungen trachtet er danach, den UN-Sicherheitsrat, die UN-Vollversammlung, den Internationalen Gerichtshof, den UN-Menschenrechtsrat und die gesamte internationale Gemeinschaft in eine derartige Kampagne hineinzuziehen.

Das Mandat der Mission

Das einseitige Mandat der Gaza-Untersuchungsmision sowie der von ihr gefasste Beschluss haben Anlass zu ernster Sorge gegeben - sowohl Israel als auch den vielen Staaten im Rat, die ihm die Unterstützung versagten, einschließlich der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, der Schweiz, Kanadas, Südkoreas und Japans.

Ebenso hat es zahlreiche angesehene Persönlichkeiten beunruhigt, u. a. die frühere UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson, die sich weigerte, der Einladung zur Leitung der Mission nachzukommen, und einräumte, dass diese nicht von Menschenrechten, sondern von Politik geleitet sei.

Das Vorgehen der Mission

Diese Befürchtungen wurden von der Vorgehensweise der Mission selbst noch verstärkt. So etwa wurde in palästinensischen Medien berichtet, dass sie bei all ihren Besuchen in Gaza kontinuierlich von Hamas-Vertretern begleitet wurde. Auch weigerte sie sich, Mitglieder der Mission mit klaren politischen Haltungen zu den zur Untersuchung stehenden Fragen wegen Voreingenommenheit abzulehnen. Ein Missionsmitglied unterzeichnete einen Brief an die Sunday Times, in dem es hieß, Israels Aktionen gegen die Hamas-Angriffe seien Akte der „Aggression, nicht der Selbstverteidigung“, und sprach so bereits ein Urteil über die Untersuchung aus, bevor diese überhaupt begonnen hatte.

Auch das präzedenzlose Verfahren von Fernsehanhörungen hat Anlass zur schweren Sorge gegeben. Die Tatsache, dass alle Zeugen im Vorfeld gescreent und selektiert wurden, jedoch niemand Auskunft zu palästinensischen Terroraktionen oder der Lokalisierung von Waffen und Terroristen in Wohngebieten geben musste, verstärkt nur die Befürchtung, dass sie Teil einer fein abgestimmten politischen Kampagne waren.

Ein „nichtjuristisches“ Dokument

Richter Goldstone hat als Leiter der Mission wiederholt darauf insistiert, dass die Mission keine juristische Untersuchung darstelle und so auch „keine juristischen Schlüsse ziehen könnte“. Auf dieser Grundlage rechtfertigte er die Mitinbeziehung von parteiischen Missionsmitgliedern, wobei er zugab, ihre Involvierung „wäre einer juristischen Untersuchung nicht angemessen“. Der Bericht ist jedoch höchst juristischer Natur; er kommt zu abschließenden juristischen Schuldzuweisungen und schließt selbst in Abwesenheit der sensiblen Geheimdienstinformationen, die Israel zu liefern sich nicht in der Lage sah, „detaillierte rechtliche Befunde“ ein. Diese Schuldzuweisungen wurden gefällt, obwohl der Bericht zugibt, er gebe nicht vor, „den in Strafprozessen geltenden Beweisstandard zu erreichen“.

Ignorierte Aspekte

Der Bericht ignoriert völlig die gezielte terroristische Strategie, im Herzen von dicht bevölkerten Wohngebieten zu operieren, die den Kampfschauplatz bestimmt hat. Selbst wenn sich die Hamas-Terroristen unter Zivilisten mischten,

weist der Bericht die Behauptung zurück, dass die Zivilbevölkerung absichtlich einem Risiko ausgesetzt wurde.

Erstaunlicherweise stellt der Bericht - trotz der vielen in der internationalen Presse gemeldeten Beispiele für den Missbrauch ziviler Einrichtungen durch Terrorgruppen und den Erklärungen von Hamas- Führern selbst, die Frauen und Kinder priesen, welche als menschliche Schutzschilde fungiert hatten - wiederholt fest, dass er keine Beweise für derartige Aktivitäten habe finden können. Und dies, obwohl er einräumt, dass die Interviewten „unwillig waren, über die Präsenz oder das Kampfverhalten von bewaffneten palästinensischen Gruppen zu sprechen“.

Der Bericht ignoriert auch Israels umfassende Bemühungen, selbst inmitten der Kämpfe humanitäre Standards aufrecht zu erhalten. Während er in zurückhaltender Weise Israels „beträchtliche Bemühungen“ anerkennt, vor den Angriffen Warnungen auszusprechen, betrachtet er keine dieser Bemühungen als wirksam.

Während der Bericht Israel hinsichtlich beinahe aller Anschuldigungen verurteilt, sucht er die Hamas von beinahe jedem Fehlverhalten freizusprechen. Das Wort „Terrorist“ fehlt fast völlig. Der Soldat Gilad Shalit, der sich mittlerweile seit über drei Jahren von der Außenwelt abgeschnitten in Gefangenschaft befindet, wurde „während eines feindlichen Einfalls gefangen genommen“, und den Hamas-Mitgliedern, mit denen sich die Mission in Gaza getroffen hat, wird als ‚Behörden von Gaza‘ („Gaza authorities“) dafür gedankt, dass sie der Mission ihre volle Kooperation und Unterstützung gewährt haben.

Die Tausenden von Raketenangriffen auf Israelis, die die Gaza-Operation notwendig gemacht haben, erfahren nur flüchtigste Erwähnung; tatsächlich gibt der Bericht Israel indirekt die Schuld für diese, indem er sie als „Vergeltungsmaßnahmen“ bezeichnet.

Zurückweisung demokratischer Werte

Als ein Bericht, der sich stark auf israelische Menschenrechtsorganisationen stützt und sich in sensiblen Sicherheitsfragen an Israels Obersten Gerichtshof wendet, widmet der Bericht ein beträchtliches Maß an Aufmerksamkeit der „Unterdrückung von Widerspruch in Israel“. Diese Behauptung begründet er zum großen Teil mit der weit verbreiteten Zustimmung für die Militäroperation innerhalb der israelischen Öffentlichkeit, wobei er annimmt, dass Israel ein politisches Klima geschaffen habe, „in dem Widerspruch nicht geduldet wird“. Der Gedanke, dass die Mehrheit der Israelis aus innerster Überzeugung ein Vorgehen zur Beendigung der andauernden Raketenangriffe auf israelische Zivilisten unterstützte, scheint den Mitgliedern der Mission nicht gekommen zu sein.

Der Bericht ist auch kritisch gegenüber internen israelischen Untersuchungen, obwohl diese im Vergleich mit Untersuchungen von Anschuldigungen in militärischen Fragen in den meisten westlichen Ländern gut abschneiden und oft strafrechtliche Ermittlungen und Schuldsprüche nach sich gezogen haben.

Empfehlungen

Die Empfehlungen des Berichts sind so einseitig wie seine Befunde. Er trachtet danach, den Menschenrechtsrat, den Sicherheitsrat, die Vollversammlung, das Büro der Hochkommissarin für Menschenrechte, den Internationalen Gerichtshof und die internationale Gemeinschaft in seine feindselige politische Kampagne einzuspannen.

Trotz symbolischer Empfehlungen in Hinsicht auf die palästinensische Seite richtet sich der internationale Druck ausschließlich gegen Israel.

Die wahre Prüfung eines solchen Berichts kann nur darin bestehen, ob er in zukünftigen Konflikten die Achtung vor dem Gesetz steigern oder vermindern wird. Ein derart einseitiger Bericht, der zudem noch den Anspruch erhebt, das internationale Recht zu repräsentieren, kann die Stellung des Rechts in zukünftigen Konflikten leider nur schwächen. Gleichzeitig wird er den Terrororganisationen, wo auch immer sie sein mögen, die beunruhigende Botschaft übermitteln, dass sich die zynischen Taktiken der Instrumentalisierung des Leidens von Zivilisten für politische Zwecke in der Tat auszahlen.

(Außenministerium des Staates Israel, 15.09.09)

7. Israel Regierung weist UNO-Bericht zurück

Mittwoch, 16. September 2009 von ih Redaktion [090916na]

Israels Regierung weist entschieden den „Goldstone Bericht“ der Menschenrechtskommission zurück, der Israel des Kriegsverbrechens im Gazakrieg anklagt. Der ehemalige südafrikanische Richter Richard Goldstone - auch ein Jude und seiner Meinung nach ein großer Freund Israels - stellt in diesem UNO-Bericht den demokratischen Staat Israel auf eine Ebene mit den Terrorverbänden. Damit macht er die Terrororganisationen auf Kosten Israels salonfähig. In dem Bericht sei die jahrzehnte lange Terrorangriffe seitens der Hamas gegen Israel nicht eindeutig erwähnt. „Israel unternahm Aktionen, die Kriegsverbrechen gleichkommen, eventuell Kriminalakte gegen die Menschlichkeit.“ Weiter sei Beweismaterial vorhanden, dass palästinensische bewaffnete Gruppen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben könnten, indem Städte im Süden Israels mit Raketen beschossen wurden. Das vierköpfige Untersuchungskomitee schlug vor, von Israel zu verlangen, eigene Untersuchungen zu beginnen, die unabhängig und entsprechend internationalem Standard durchgeführt werden.

16. September 2009

8. UNO wirft Israel und der Hamas Kriegsverbrechen vor

16. September 2009 [090916inn]

NEW YORK (inn) - Eine Untersuchungskommission der Vereinten Nationen ist zu dem Schluss gekommen, dass sowohl Israel als auch die Hamas während des Gazakrieges Anfang des Jahres Kriegsverbrechen begangen haben. Das geht aus einem am Dienstag veröffentlichten Bericht vor. Das israelische Außenministerium reagierte "entsetzt und enttäuscht" auf das fast 600 Seiten umfassende Dokument.

Die Kommission war im April vom UN-Menschenrechtsrat mit der Untersuchung von 36 speziellen Fällen beauftragt worden. Für die Nachforschungen wurden 188 Interviews geführt sowie mehr als 10.000 Dokumente und rund 12.000 Videos und Fotos untersucht, heißt es in einem Bericht der Tageszeitung "Jerusalem Post".

"Die Untersuchung kommt zu dem Schluss, dass von israelischer Seite Handlungen begangen wurden, die Kriegsverbrechen und möglicherweise in mancher Hinsicht auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit gleichkommen", erklärte UN-Sonderermittler Richard Goldstone, der die Kommission anführte.

Die Ermittlungen hätten ergeben, dass bei der Militäroperation von israelischer Seite aus "direkte Angriffe auf Zivilisten mit tödlichem Ausgang" verübt wurden. Genannt wird unter anderem der Beschuss einer Moschee während der Gebetszeit, bei dem 15 Menschen getötet wurden. Weiter wird ein Angriff auf das Al-Kuds-Krankenhaus sowie auf ein Wohnhaus angeführt, in welchem Zivilisten Schutz gesucht hatten. Zudem werden sieben Fälle genannt, in denen Soldaten auf palästinensische Zivilisten geschossen hätten, die mit einer weißen Flagge ihre Häuser verlassen hatten, um Schutz zu suchen. Diese Attacken stellten Kriegsverbrechen dar. Da die israelische Armee hochmoderne Waffen einsetzte, Angriffe plante und nach eigenen Angaben so gut wie keine Irrtümer auftraten, sieht die Kommission die Ergebnisse in den genannten Fällen als bewusst geplant und als politische Entscheidung an, heißt es weiter.

Laut dem Bericht gibt es auch Beweise dafür, dass "bewaffnete palästinensische Gruppen Kriegsverbrechen sowie möglicherweise Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben", indem sie Raketen auf Südisrael abfeuerten und dabei nicht zwischen militärischen und zivilen Zielen unterschieden.

Kommission fordert überwachte Untersuchung von Israel

In dem Bericht wird dem Internationalen Sicherheitsrat zudem empfohlen, Israel zu einer Untersuchung der Vorfälle im Gazastreifen aufzufordern. Diese Ermittlungen sollten von einer unabhängigen Institution überwacht werden. Würden innerhalb von sechs Monaten keine Fortschritte erzielt, sollte der Fall dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag vorgelegt werden. Ähnliche

Bemühungen sollten bei der palästinensischen Seite unternommen werden, heißt es weiter.

"Israel ist angewidert und aufgebracht"

Israelische Regierungsvertreter zeigten sich nach Veröffentlichung des Berichtes fassungslos darüber, dass in dem Dokument die von Israel bereits geführten Ermittlungen nicht anerkannt werden. "Wir haben nichts, wofür wir uns schämen müssten, und brauchen keine Lehrstunden in Moral von einem Komitee, das von Syrien, Pakistan, Bangladesch, Malaysia und Somalia errichtet wurde", sagte Jossi Levy, ein Sprecher des Außenministeriums. "Israel ist angewidert und aufgebracht über einen Bericht, der uns nicht durch seine Unausgeglichenheit überrascht, sondern durch das Fehlen eines jeglichen wirklichen Anscheins von Ausgeglichenheit", so Levy weiter. Er bezeichnete den Report als "eines der schmachvollsten Dokumente in der langen Sammlung von beschämenden Berichten, die von den UN herausgegeben wurden".

Das Außenministerium wies in einer Stellungnahme darauf hin, dass die israelische Armee mehr als 100 Vorwürfe zu Handlungen von Soldaten während des Einsatzes im Gazastreifen untersucht hat. Dies habe zu strafrechtlichen Ermittlungen in 23 Fällen geführt.

Israel bereits vor Untersuchungsbeginn verurteilt

Bei der Vorstellung des Berichts am Dienstag bemängelte die Kommission, dass Israel bei den Untersuchungen nicht kooperiert habe. Israelische Regierungsvertreter erklärten die Ablehnung mit dem Hinweis darauf, dass Israel bereits vor Beginn der Untersuchungen in der Gründungsresolution der Kommission für schuldig erklärt worden war. In dem Schriftsatz hieß es bereits damals, Israel habe "massive Menschenrechtsverletzungen begangen". Westliche Mitglieder wie die Staaten der Europäischen Union, die Schweiz, Kanada und Japan hatten die Resolution daher nicht unterstützt.

Keine Beweise für Missbrauch von Zivilisten durch die Hamas

Außerdem habe der Menschenrechtsrat "Israel mehr Resolutionen gewidmet und es verurteilt, als allen anderen Ländern auf der Welt zusammen. Es ist überflüssig zu erwähnen, dass keine Resolution oder Untersuchungskommission hinsichtlich des Abschusses von 12.000 Raketen und Granaten auf israelische Zivilisten in den Jahren vor der Gaza-Operation initiiert wurde", heißt es in der Erklärung des Außenministeriums weiter. Es bemängelte zudem, dass der Bericht die Strategie der Hamas ignoriert, von zivilen Gegenden aus zu operieren und diese in ein Schlachtfeld zu verwandeln. Obwohl die Hamas selbst Frauen und Kinder lobte, die als menschliche Schutzschilde auftraten, heißt es in dem

Bericht wiederholt, dass keine Beweise für solch einen Missbrauch durch die Hamas gefunden wurden.

In dem Bericht werde zwar auch wiederholt erwähnt, dass die Armee "ernsthafte Bemühungen" unternommen hat, um die Bevölkerung vor Angriffen zu warnen, diese Maßnahmen seien jedoch nicht effektiv gewesen.

Als besorgniserregend bezeichnete das Außenministerium die Tatsache, dass die Mitglieder der Untersuchungskommission bei ihrem Besuch im Gazastreifen ständig von Hamas-Vertretern begleitet wurden. Zudem wurde ein Mitglied der Kommission, das bereits vor Beginn der Untersuchung Israel in der Öffentlichkeit verurteilt hatte, nicht wegen Befangenheit abgelehnt. Bei den Interviews mit Palästinensern wurde außerdem nicht nach terroristischen Aktivitäten der Hamas gefragt, auch Waffenverstecke in zivilen Gegenden wurden nicht angesprochen. Dies deutet darauf hin, dass diese Gespräche Teil einer instrumentierten politischen Kampagne waren, heißt es weiter.

PA reagiert positiv

Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) begrüßte den Bericht. Dieser bestätige alle Vorwürfe, dass Israel "Kriegsverbrechen" gegen die Bevölkerung im Gazastreifen begangen habe. Sie lobte auch die Anklagen gegen die Hamas. Die radikal-islamische Organisation sei ebenfalls verantwortlich für "Kriegsgräuere" gegen Palästinenser.

Bis zum Mittwochmorgen gab es noch keine Stellungnahme seitens der US-Regierung zu dem Bericht. Ein Regierungsvertreter bestätigte, dass eine Abschrift vorliegt. Er kündigte eine sorgfältige Prüfung der Ergebnisse an.

Von: D. Nowak

9. Militäreinsatz gegen Hamas: Israelische Zeugen sprechen vor UN-Kommission

07. Juli 2009

GENEVE (inn) - Fünf Israelis haben am Montag vor einem Komitee des UN-Menschenrechtsrates in Genf ausgesagt, welches die israelische Operation "Gegossenes Blei" gegen die Hamas im Gazastreifen untersucht. Die israelische Regierung wirft der UN Einseitigkeit vor und weigert sich, bei den Nachforschungen zu kooperieren. Das Komitee will herausfinden, ob Israel während des dreiwöchigen Einsatzes im vergangenen Dezember und Januar Kriegsverbrechen begangen hat, wie es von der palästinensischen Seite und verschiedenen internationalen Organisationen behauptet wird. Geleitet wird die Kommission von dem südafrikanischen Juristen Richard Goldstone.

Noam Schalit: " Hamas lenkt von Zerstörung ab, die sie angerichtet hat"

Unter den israelischen Zeugen war auch Noam Schalit, der Vater des vor drei Jahren von Palästinensern entführten israelischen Soldaten Gilad Schalit. Dieser bezeichnete die Entführung Gilads als "Verletzung des internationalen Rechts". Sein Sohn sei kein Kriegsgefangener, wie von der Hamas behauptet. Er sei vielmehr eine Geisel, da ihm die Rechte verweigert werden, welche Kriegsgefangenen zustehen. Die Freilassung seines Sohnes sei der Schlüssel, um den Frieden voranzutreiben und die israelische Blockade des Gazastreifens aufzuheben, so Schalit. Er forderte die Palästinenser im Gazastreifen auf, Druck auf die Hamas-Führung auszuüben, damit diese Gilad freilasse. "Seit drei Jahren seid auch Ihr Geiseln, aufgrund der unflexiblen Forderungen Eurer Führer und deren Weigerung, Kompromisse einzugehen. Sie stellen Forderungen, auf welche die israelische Regierung niemals eingehen wird - wie ich fürchte". Die Hamas missbrauche das Schicksal seines Sohnes, um von der Zerstörung abzulenken, welche sie selbst über die Bevölkerung gebracht hat, so der Israeli.

Schalit forderte die Hamas auf, seinen Sohn zum Wohle des palästinensischen Volkes freizulassen. Er wies darauf hin, dass sich Gilad bei seiner Entführung weder auf palästinensischem Land befunden noch den Gazastreifen attackiert habe. "Er befand sich auf israelischem Hoheitsgebiet und verteidigte das, was eine friedliche Grenze sein sollte." Hina Dschilani, ein pakistanisches Mitglied der UN-Kommission, dankte Noam Schalit für seine Ausführungen. Sein Zeugnis habe sie sehr beeindruckt.

Bei der Anhörung sprach auch die israelische Ärztin Mirella Sidrer aus Aschkelon. Sie war schwer verletzt worden, als eine palästinensische Rakete in einem Krankenhaus in ihrer Stadt einschlug. "Was war mein Verbrechen? Dass ich eine Jüdin bin, die in Aschkelon lebt? Ich habe Medizin studiert, um anderen Menschen aus der ganzen Welt zu helfen, ich habe auch Frauen aus Gaza geholfen", sagte Sidrer vor dem Ausschuss und brach in Tränen aus. Der Angriff habe ihr Leben in einer Sekunde verändert. Noch heute habe sie einen vier Zentimeter langen Schrapnellsplitter in ihrer linken Rückenhälfte, welcher nicht entfernt werden könne.

Zu den Zeugen gehörten außerdem der Bürgermeister von Aschkelon, Eli Vaknin, sowie Alan Marcus und Noam Bedein vom Medienzentrum der Stadt Sderot.

Bürgermeister von Aschkelon lobt Zusammenarbeit mit Kollegen aus Gaza

Vaknin wies in seinen Ausführungen unter anderem auf die zahlreichen Projekte hin, die er mit dem Bürgermeister von Gaza vor Jahren begonnen hatte. Un-

ter anderem hatten beide ein Projekt zur Abwasseraufbereitung gestartet. Die Unternehmungen kamen jedoch zum Erliegen, nachdem die Hamas die Macht im Gazastreifen übernommen hatte. Vaknin veranschaulichte die Raketenangriffe aus dem Gazastreifen unter anderem durch Fotomaterial. Er sprach auch über die Tausenden Israelis, die sich aufgrund des jahrelangen palästinensischen Beschusses Traumabehandlungen unterziehen müssen und über die Investoren, welche die Gegend in Südisrael aufgrund der Angriffe meiden.

Die fünf israelischen Zeugen handelten eigenständig und nicht im Auftrag der Regierung. Israel hat die Zusammenarbeit mit dem UN-Komitee verweigert, da es dieses für voreingenommen und einseitig hält. Israel hatte bei der Gründung des Komitees im Januar unter anderem kritisiert, dass im Gründungsbeschluss der jüdische Staat als alleiniger Aggressor genannt wird.

Im Zuge der Untersuchungen zum israelischen Militäreinsatz hatte das Komitee den Gazastreifen besucht und dort palästinensische Zeugen verhört. Ein Abschlussbericht soll voraussichtlich im kommenden Monat erscheinen.

Von: D. Nowak

10. Barak kritisiert UN-Untersuchung im Gazastreifen

02. Juni 2009

NEW YORK (inn) - Israels Verteidigungsminister Ehud Barak hat die Vereinten Nationen aufgefordert, die palästinensischen Raketenangriffe zu untersuchen. Das sei sinnvoller, als das Verhalten des israelischen Militärs bei der jüngsten Offensive im Gazastreifen zu überprüfen, sagte er am Montag bei einem Treffen mit UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon in New York.

Ebenfalls am Montag haben Menschenrechtler im Auftrag der UN eine Untersuchung im Gazastreifen begonnen, die auf eine Woche angelegt ist. Sie wollen herausfinden, ob während der Operation "Gegossenes Blei" von israelischer Seite Kriegsverbrechen begangen wurden. Die Gruppe wird vom südafrikanischen Juristen Richard Goldstone angeführt. Er sagte laut der Zeitung "Ha'aretz" vor der Presse: "Wir sind hierhergekommen, um zu sehen, zu lernen, mit Leuten in allen Lebenslagen zu sprechen - gewöhnlichen Leuten, Regierungsvertretern, Verwaltungsleuten."

Barak teilte gegenüber Ban mit: "Ich denke nicht, dass Israel mit dieser Untersuchung zusammenarbeiten muss oder wird." Nicht nach etwaigen israelischen Kriegsverbrechen müsse geforscht werden, sondern nach dem Grund dafür, dass der Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen nach acht Jahre noch kein Ende gefunden habe. Das Gespräch mit dem UN-Generalsekretär stufte der israelische Minister als "sehr gut" ein. Im Mittelpunkt hätten der israelisch-palästinensische Friedensprozess, die Lage im Libanon vor den allgemeinen Wah-

len und die weltweite Bedrohung durch den nordkoreanischen Atomtest gestanden.

Bezüglich der UN-Untersuchung sagte der Sprecher des israelischen Außenministeriums, Jigal Palmor, nach Ansicht der Regierung sei das Komitee vor dem ersten Tag aufgefordert worden, "Israel für schuldig zu befinden".

Der Hamas-Sprecher Fawsi Barhum begrüßte die Initiative hingegen: "Wir hoffen, dass die Führer des zionistischen Feindes so bald wie möglich als Kriegsverbrecher vor die internationalen Gerichte gestellt werden."

11. Kommentar: Israel einseitig verurteilt

Außenpolitik | **17.10.09** inn

GENF (inn) - Eine Mehrheit stimmte im Menschenrechtsrat für eine Verurteilung Israels und will den Goldstone-Report der UNO- Vollversammlung übergeben. Das erklärte Ziel der Palästinensischen Autonomiebehörde sei "Gerechtigkeit für die Palästinenser". Das ganze Vorhaben hinkt fürchterlich. Vielleicht haben israelische Soldaten Kriegsverbrechen begangen oder den Befehl dazu von oben erhalten. Das sollte geahndet werden, nicht wegen "Gerechtigkeit" für die Opfer, sondern wegen Israels Anspruch, ein Rechtsstaat zu sein. Doch der südafrikanische Richter Richard Goldstone gestand selber, "keine gerichtsfähigen Beweise" gefunden zu haben.

Schlimmer noch: Dem Bericht wurden Versäumnisse, Fehler, schlechte Recherchen und Einseitigkeit nachgewiesen. Der jahrelange Raketenbeschuss ziviler Ziele in Israel wurde nur am Rande erwähnt. Die bewährte Methode der Hamas, Moscheen als Raketenlager zu verwenden und Kinder als menschliche Schutzschilde, wurde völlig ausgeblendet. Zeugenaussagen israelischer Raketenopfer wurden unterschlagen.

Raketenbeschuss als offizielle Politik der Hamas

Niemand rechnet damit, dass die Hamas ihren Raketenbeschuss Israels als "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" einstufen könnte, zumal das jahrelang ihre offizielle Politik war. Für die UNO war das irrelevant. Sie nahm auch nicht über 200 israelische Protestnoten ernst, die es laut Goldstone-Report nicht gegeben habe, die aber im Internet im Wortlaut als offizielle UNO-Dokumente nachzulesen sind.

An den palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas und seine Verbündeten stellt sich die Frage nach ihrem Zweck. Um Gerechtigkeit geht es ihnen nicht, solange nur eine Seite beschuldigt wird. Auch um Frieden geht es ihnen nicht, wenn Abbas im Frühjahr noch die Israelis mit Infos beliefert hat, damit Israel die Islamisten möglichst effektiv schlagen und entmachten möge.

Wer wirklich Gerechtigkeit und Frieden auf Erden will, sollte sich erst mal in Darfur, im Kongo, in Pakistan oder Sri Lanka umschaun, wo täglich Tausende unschuldige Zivilisten abgeschlachtet werden. Die doppelten Standards und meist falschen Vorwürfe gegen Israel allein sind kein Ruhmesblatt für die UNO, deren Menschenrechtskommission, Richter Goldstone und gewiss nicht für die automatische Mehrheit arabischer Länder und der Drittweltstaaten.

Von: U. Sahn

12. Goldstone-Bericht: Israel appelliert an EU-Staaten

Außenpolitik | 23.09.09 inn

JERUSALEM (inn) - Israel hat die Staaten der Europäischen Union aufgefordert, sich vom Goldstone-Bericht über den jüngsten Gaza-Krieg distanzieren. Der Report widerspreche dem grundsätzlichen Recht auf Selbstverteidigung von Ländern, sagte der Generaldirektor des israelischen Außenministeriums am Dienstag bei einem Treffen mit 26 europäischen Botschaftern. "Der Goldstone-Bericht muss den demokratischen Staaten Sorge bereiten, die gegen den Terror kämpfen", so der Generaldirektor, Jossi Gal, bei dem Gespräch in Jerusalem. Die EU-Staaten sollten auf jede mögliche Weise bekunden, dass sie sich klar von dem UN-Report distanzieren. Dieser sei nicht juristisch, sondern "ein politisches Propagandaplakat, das eindimensional und gegen Israel gerichtet ist". Der Bericht war das Ergebnis einer Untersuchungskommission zur Militäroperation "Gegossenes Blei" gegen die Terrorinfrastruktur im Gazastreifen Anfang des Jahres. Er wirft sowohl Israel als auch der radikal-islamischen Hamas Kriegsverbrechen vor.

Gal rief die EU-Botschafter auch auf, die antiisraelischen Worte des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad anzuprangern. Dieser sei "ein Serienholocaustleugner, der sein Land zum aussätzigsten in der Welt gemacht hat". Der Israeli dankte den europäischen Staaten für ihre Kritik an entsprechenden Äußerungen des Iraners. Das meldet die Tageszeitung "Jediot Aharonot".

Ein weiteres Thema waren die Erleichterungen, die Israel für die palästinensische Wirtschaft zugelassen habe. Dadurch hätten sich Produktion und Lebensstandard im Westjordanland verbessert.

Von: E. Hausen

13. Washington "besorgt" über UN-Bericht zum Gazakrieg

Außenpolitik | 18.09.09 inn

NEW YORK (inn) - Die amerikanische UN-Botschafterin Susan Rice hat den Abschlussbericht der Goldstone-Kommission zur "Operation Gegossenes Blei" scharf kritisiert. Der Bericht besagt, dass sowohl Israelis als auch Palästinenser Kriegsverbrechen begangen hätten. Schon der Auftrag an die von Richard Goldstone, einem südafrikanischen Juristen, geleitete Untersuchungskommission

on sei "unausgewogen, einseitig und inakzeptabel" gewesen, sagte Rice am Donnerstag in New York. Die Regierung in Washington habe "viele Bedenken" vor allem gegen die Empfehlung des Berichts, die ermittelten Kriegsverbrechen dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zur weiteren Verfolgung vorzulegen. "Wir glauben, dass der richtige Ort der UN-Menschenrechtsrat ist", sagte die Botschafterin laut der israelischen Tageszeitung "Jediot Aharonot". Am wichtigsten sei es aber jetzt, "nach vorn zu blicken" und den Friedensprozess voranzutreiben.

Israel: Kommission will uns schaden

Der stellvertretende israelische Außenminister Daniel Ajalon bezeichnete den UN-Bericht bei einem Gespräch mit Susan Rice als "sehr ernst für jede Nation, die gegen Terror kämpft". Die Botschaft des Untersuchungsberichtes sei, dass Terror funktioniere, und Demokratien kein Recht auf Selbstverteidigung hätten. Die Untersuchung sei ein gezielter Versuch, Israel zu schaden.

Von: M. Breckner

14. Andauernder Raketenbeschuss - Israel legt Beschwerde bei der UNO ein

Aufgrund des andauernden Raketen- und Mörsergranatenfeuers aus dem Gaza-Streifen hat Israels Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Gabriela Shalev, UN-Generalsekretär Ban Ki-moon einen offiziellen Beschwerdebrief zukommen lassen.

Beschwerdebrief

„Ich schreibe, um ihre Aufmerksamkeit auf die jüngsten und alarmierenden Terroraktivitäten zu lenken, die von dem von der Hamas beherrschten Gaza-Streifen aus gegen Israel verübt werden. Diese andauernden Angriffe behindern nicht nur die Bemühungen um eine stabile und dauerhafte Waffenruhe, sondern stellen eine andauernde Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit sowohl Israels als auch der Bevölkerung Gazas dar.

Allein am 1. März 2009 sind zwölf Kassam-Raketen aus dem von der Hamas beherrschten Gaza-Streifen auf die israelische Stadt Sderot abgefeuert worden. Eine der Raketen landete in einem Wohnhaus und richtete Sachschaden an.

Einen Tag zuvor, am 28. Februar 2009, traf eine fortentwickelte Grad- Rakete eine Schule in Ashkelon, zerstörte Klassenzimmer und streute Granatsplitter in alle Richtungen. Zwei Zivilisten wurden bei dem Angriff verletzt. Wäre die Schule nicht wegen des Shabbats geschlossen gewesen, hätte es höchstwahrscheinlich sehr viel mehr Opfer gegeben. Infolge dieses Angriffs und aufgrund der andauernden Sicherheitsbedrohung bleiben in Ashkelon die Schulen geschlossen und der Unterricht ausgesetzt, was ein humanitäres Problem darstellt.

Vor dieser Attacke und anderen der vergangenen Woche hat es, seit Israel am 18. Januar eine einseitige Waffenruhe erklärte, knapp 100 Raketen- und Mörsergranatenangriffe aus dem Gaza- Streifen gegeben. Diese Angriffe zeigen ganz klar, dass die Hamas und andere palästinensische Terrororganisationen weiter die regionale Stabilität unterminieren und danach trachten, israelische Zivilisten zu ermorden, verletzen und terrorisieren.

Israel hat die Pflicht, in Reaktion auf diese andauernden Angriffe sein unveräußerliches Recht auf Selbstverteidigung, wie es in Artikel 51 der UN-Charta festgeschrieben ist, in Anspruch zu nehmen. Die israelische Regierung wird weiter die Sicherheit seiner Bürger gewährleisten und sicherstellen, dass die Situation in Südisrael nicht wieder zu dem Status quo zurückkehrt, der vor dem Dezember 2008 bestanden hat. Israel wird die Angriffe auf seine Bürger nicht hinnehmen und entsprechend antworten.

Ich wäre dankbar, wenn Sie diesen Brief als offizielles Dokument dem Weltsicherheitsrat vorlegen würden. Ein identischer Brief ist seiner Exzellenz Herrn Ibrahim O.A. Dabbashi, dem Präsidenten des Sicherheitsrats, vorgelegt worden.

Gestatten Sie mir, Sie meiner vorzüglichen Hochachtung zu versichern."
[(Außenministerium des Staates Israel, 02.03.09)]

file:///C:/Eigene%20Dateien/Eigene%20Dateien%20(P)/Israel/Staat/Botschaft%20des%20Staates/090303n1b.html

15. Goldstone-Mission contra Friedensprozess

091020n1b Von Danny Ayalon

Artikel in JP 091019

Acht Jahre lang, während derer die Hamas wahllos israelische Zivilisten mit Raketen beschoss, hat die UNO geschwiegen. Erst als Israel nach Jahren der Zurückhaltung daran ging, dem Terror ein Ende zu setzen, handelte der Menschenrechtsrat – indem er Israel verurteilte. Dieses einseitige Gremium verabschiedete eine einseitige Resolution, die eine einseitige Untersuchung verlangte. Im vergangenen Monat wurden die Ergebnisse dieser „Untersuchung“ von Richter Richard Goldstone dem Menschenrechtsrat vorgelegt. Doch statt verantwortungsbewusst mit dem Bericht umzugehen, haben sich die Ratsmitglieder in eine weitere antiisraelische Farce eingefunden, die selbst Goldstone als einseitig empfand.

Es hat bereits Dutzende internationaler Untersuchungen zur Gaza- Operation gegeben, und Israel hat mit beinahe allen von ihnen voll zusammengearbeitet, einschließlich derjenigen des UN-Generalsekretärs. Nur in Fällen, wo es ohne jeden Zweifel klar war, dass eine Untersuchung von einer politischen Agenda –

und nicht von der Sorge um Menschenrechte - motiviert war, entschied sich Israel gegen die Zusammenarbeit. Die Untersuchungsmission des Menschenrechtsrats war leider solch ein Fall.

Traurigerweise ist das, was Israel von Beginn an klar war, erst jetzt Goldstone klar geworden. Er sucht sich nun selbst von den Ergebnissen seines eigenen Tuns zu distanzieren. Vergangenen Freitag berichtete er der Schweizer Tageszeitung Le Temps über seine Enttäuschung über das Vorgehen des Menschenrechtsrats: „Der Resolutionstext betrübt mich, da er nur Anschuldigungen gegen Israel enthält und nicht einen einzigen Satz, der die Hamas verurteilt.“

Wir müssen nun mit den Konsequenzen fertig werden. Die Übernahme des Goldstone-Berichts stellt in mehr als einer Hinsicht nichts weniger als eine Belohnung für den Terrorismus dar. Erstens pervertiert die am Freitag verabschiedete Resolution die Wirklichkeit der Hamas-Kriminalität und beschuldigt das Opfer statt des wahren Täters der Kriegsverbrechen in Gaza.

Für den Menschenrechtsrat war es völlig irrelevant, dass die Hamas schwere Kriegsverbrechen begangen hat, indem sie offen zu Israels Vernichtung aufrief, gezielt Tausende von Raketen auf israelische Zivilisten abfeuerte, Zivilisten in Gaza durch das Feuern aus bewohnten Gebieten gefährdete und Gilad Shalit entführte. Ebenso irrelevant war es für den Menschenrechtsrat, dass Israel eine Verantwortung für den Schutz seiner Bürger trug und alles unternommen hatte, um eine Konfrontation und zivile Opfer zu vermeiden. Die einzige relevante Überlegung für den Menschenrechtsrat war die Tatsache, dass sich eine Gelegenheit bot, Israel in der internationalen Arena zu dämonisieren.

Zweitens unterminiert die Resolution gemäßigte Palästinenser, die an einem Frieden mit Israel interessiert sind. Innerhalb der palästinensischen Gesellschaft geht ein Machtkampf vonstatten. Es ist ein Nullsummenspiel, in dem jeder Erfolg für den Extremismus auf Kosten der Unterstützung der Mäßigung geht. Wenn der „Schwanz“ der Hamas mit dem „Hund“ des Nahen Ostens wedeln darf, nimmt die palästinensische Straße sich das zu Herzen, und die gesamte Region nimmt das zur Kenntnis. In unserer Nachbarschaft liebt jeder den Gewinner. Wenn also ein internationales Gremium das brutale Verhalten der Hamas unterstützt und es abermals zum Israel-Bashing missbraucht, verliert die Palästinensische Autonomiebehörde von Mahmoud Abbas ihr Gesicht, verlieren die moderaten arabischen Staaten an Boden und gewinnt die Achse Hisbollah- Syrien-Iran an Stärke.

Drittens schafft die Resolution ein neues Hindernis im globalen Kampf gegen den Terrorismus. Eine neue Form der Kriegsführung hat sich entwickelt, in der Terrorgruppen „feindliche“ Zivilisten von hinter einem Schutzschild „freundlicher“ Zivilisten aus angreifen. Diese Resolution gewährt den Terroristen Immunität und hindert gesetzestreue Staaten daran, ihre Bürger zu beschützen. Mit

dem Segen des Menschenrechtsrats wird diese Taktik von Terroristen auf der ganzen Welt wiederholt werden, zum Nachteil all der anderen Demokratien, die gegen den Terrorismus kämpfen; Millionen unschuldiger Zivilisten werden in Gefahr gebracht.

Schließlich – und das ist das Tragischste – hat diese ganze Episode Israelis dazu verleitet, die Grundannahmen anzuzweifeln, die sie bislang in ihrer internen Debatte um den besten Weg zum Frieden geleitet haben. Die meisten Israelis haben die Bereitschaft ihrer politischen Führung unterstützt, kalkulierte Risiken auf sich zu nehmen, um den Friedensprozess voranzutreiben, in der Annahme, dass die „Welt“ solche Bemühungen unterstützen und sie sich nach allen Seiten absichern. Die Israelis nahmen an, dass sie, wenn die Dinge nach dem Schließen von Kompromissen nicht funktionierten, zumindest das Recht auf Selbstverteidigung beibehalten würden und die Welt die in ihrem Kampf unterstützen würde.

Nun jedoch ist ein Albtraum wahr geworden. Nach man das greifbare Risiko auf sich genommen hatte, ein umstrittenes Gebiet um des Friedens willen zu verlassen, wurde Gaza zu einer gesetzlosen Enklave des von der Hamas geführten und vom Iran getragenen Terrorismus. Doch als Israel zur Selbstverteidigung gezwungen wurde, reagierte die Welt nicht mit Unterstützung und Verständnis, sondern mit Anschuldigungen wegen „Verbrechen gegen die Menschheit“. Verdammt, gleich ob sie handeln oder nicht, fragen sich die Israelis jetzt: „War es das Opfer wert?“

Während die Israelis ihre Optionen abwägen, kommt der Goldstone- Schneeball in Fahrt. Von Genf ist die Angelegenheit nun an die UN- Vollversammlung in New York zur weiteren Behandlung überwiesen worden. Aber es ist noch immer nicht zu spät. Eine internationale Zurückweisung des Umgangs des Menschenrechtsrats mit dem Goldstone- Bericht würde der israelischen Öffentlichkeit signalisieren, dass die Welt ihre Kompromisse für den Frieden tatsächlich unterstützt.

Danny Ayalon ist stellvertretender Außenminister des Staates Israel.
(The Jerusalem Post, 19.10.09)

16. Netanyahu vor der UN-Vollversammlung

Israels Ministerpräsident Binyamin Netanyahu hat am Donnerstag, 24.9.09 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York eine historische Rede gehalten.

„Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren,

Vor bald 62 Jahren haben die Vereinten Nationen das Recht der Juden, eines 3500 Jahre alten Volkes, auf einen eigenen Staat in ihrem angestammten Heimatland anerkannt.

Ich stehe heute hier als der Ministerpräsident des Staates Israel, des jüdischen Staates, und ich spreche zu Ihnen im Namen meines Landes und meines Volkes.

Die Vereinten Nationen wurden nach dem Gemetzel des Zweiten Weltkriegs und den Schrecken des Holocaust gegründet. Sie wurden beauftragt, die Wiederkehr solch fürchterlicher Geschehnisse zu verhindern.

Nichts hat diese zentrale Aufgabe mehr untergraben als der systematische Angriff auf die Wahrheit. Gestern stand der Präsident des Iran auf eben diesem Podium und spie seine neuesten antisemitischen Tiraden aus. Erst vor einigen Tagen hat er wieder behauptet, dass der Holocaust eine Lüge ist.

Im vergangenen Monat betrat ich eine Villa in einem Vorort von Berlin namens Wannsee. Dort, am 20. Januar 1942, trafen sich hochrangige Nazi-Funktionäre nach einem herzhaften Mahl und entschieden, wie man das jüdische Volk vernichten solle. Die detaillierten Protokolle dieses Treffens sind von den deutschen Regierungen aufbewahrt worden. Hier ist eine Kopie dieser Protokolle, in denen die Nazis präzise Anweisungen erteilten, wie die Vernichtung der Juden durchgeführt werden solle. Ist dies eine Lüge?

Einige Tag, bevor ich in Wannsee war, hatte ich in Berlin die Originalbaupläne für das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau erhalten. Diese Pläne tragen die Unterschrift von Hitlers Stellvertreter, Heinrich Himmler persönlich. Hier ist eine Kopie der Pläne für Auschwitz- Birkenau, wo eine Million Juden ermordet wurden. Ist dies auch eine Lüge?

Im Juni dieses Jahres besuchte Präsident Obama das Konzentrationslager Buchenwald. Zollte Präsident Obama einer Lüge Tribut?

Und was ist mit den Auschwitz-Überlebenden, deren Arme noch immer die tätowierten Nummern tragen, die ihnen von den Nazis eingebrannt worden sind? Sind diese Tätowierungen eine Lüge? Ein Drittel aller Juden fiel dem Weltbrand zum Opfer. Fast jede jüdische Familie wurde davon betroffen, einschließlich meiner eigenen. Die Großeltern meiner Frau, die beiden Schwestern und drei Brüder ihres Vaters, und all die Tanten, Onkel und Cousins wurden von den Nazis ermordet. Ist das auch eine Lüge?

Gestern, sprach der Mann, der den Holocaust eine Lüge nennt, von diesem Podium aus. Ich möchte all jenen, die sich weigerten hierher zu kommen, und jenen, die im Protest diesen Raum verlassen haben, meine Hochachtung ausdrücken. Sie sind für moralische Klarheit aufgestanden und haben ihren Ländern Ehre gemacht.

Aber jenen, die diesem Holocaust-Leugner Gehör geschenkt haben, sage ich im Namen meines Volkes, des jüdischen Volkes, und der anständigen Menschen überall: Haben Sie kein Schamgefühl? Haben Sie keinen Anstand?

Gerade einmal sechs Jahrzehnte nach dem Holocaust verleihen sie einem Mann Legitimität, der leugnet, dass der Mord an sechs Millionen Juden stattgefunden hat, und schwört, den jüdischen Staat auszulöschen.

Was für eine Schande! Was für eine Verhöhnung der UN-Charta! Womöglich denken einige von Ihnen, dass dieser Mann und sein abscheuliches Regime nur die Juden bedrohen. Sie irren.

Die Geschichte hat uns wieder und wieder gezeigt, dass das, was mit Angriffen auf Juden beginnt, am Ende viele andere in Mitleidenschaft zieht.

Das iranische Regime wird von einem extremistischen Fundamentalismus angeheizt, der vor drei Jahrzehnten die Weltbühne erklimmen hat, nachdem er für Jahrhunderte geschlummert hatte. In den vergangenen 30 Jahren hat dieser Fanatismus den Erdball mit mörderischer Gewalt und kaltblütiger Willkür bei der Wahl seiner Opfer überschwemmt; Muslime und Christen, Juden und Hindus und viele andere wurden herzlos abgeschlachtet. Obgleich sie aus verschiedenen Zweigen besteht, trachten die Anhänger dieser Heilslehre danach, die Menschheit in mittelalterliche Zeiten zurückzubefördern.

Wo immer sie können, erzwingen sie eine rückwärtsgewandte reglementierte Gesellschaft, in der Frauen, Minderheiten, Schwule und jeder, der nicht als wahrer Gläubiger betrachtet wird, brutal unterjocht wird. Der Kampf gegen diesen Fanatismus spielt nicht Glauben gegen Glauben oder Zivilisation gegen Zivilisation aus.

Es spielt Zivilisation gegen Barbarei aus, das 21. Jahrhundert gegen das neunte, jene, die das Leben heiligen, gegen jene, die den Tod verherrlichen.

Der Primitivismus des 9. Jahrhunderts darf dem Fortschritt des 21. Jahrhunderts nicht ebenbürtig sein. Der Reiz der Freiheit, die Kraft der Technologie, die Reichweite von Kommunikation sollte gewiss den Sieg davontragen. Letztendlich kann die Vergangenheit nicht über die Zukunft triumphieren. Und die Zukunft bietet allen Nationen großartige Prämien der Hoffnung. Das Tempo des Fortschritts wächst exponentiell.

Wir haben Jahrhunderte dafür gebraucht, von der Druckerpresse zum Telefon zu gelangen, Jahrzehnte, um vom Telefon zum Personal-Computer zu gelangen und nur einige Jahre, um vom Personal-Computer zum Internet zu gelangen.

Was vor einigen Jahren unmöglich schien, ist bereits veraltet, und wir können kaum die Veränderungen abschätzen, die da noch kommen werden. Wir werden den genetischen Code knacken. Wir werden die Unheilbaren heilen. Wir werden unser Leben verlängern. Wir werden eine billige Alternative für fossile Brennstoffe finden und den Planet sauber machen.

Ich bin stolz, dass mein Land Israel an der vordersten Front dieser Fortschritte steht – mit führenden Innovationen in Wissenschaft und Technologie, Medizin und Biologie, Landwirtschaft und Wasser, Energie und Umwelt. Diese Innovationen bieten der Menschheit eine strahlende Zukunft unvorstellbarer Verheißung.

Aber wenn der primitivste Fanatismus die tödlichsten Waffen erwerben kann, könnte das Rad der Geschichte für eine Zeit zurückgedreht werden. Und wie bei dem verspäteten Sieg über die Nazis werden die Mächte des Fortschritts und der Freiheit nur obsiegen, nachdem der Menschheit ein fürchterlicher Tribut an Blut und Vermögen abverlangt wird. Daher ist die größte Gefahr, die der Welt heute droht, die Vermählung von religiösem Fanatismus und Massenvernichtungswaffen.

Die dringlichste Herausforderung für diese Organisation besteht darin, die Tyrannen von Teheran an der Erlangung von Atomwaffen zu hindern. Sind die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen bereit für diese Herausforderung? Wird die internationale Gemeinschaft einem Despotismus entgegentreten, der sein eigenes Volk terrorisiert, während es tapfer für seine Freiheit eintritt?

Wird sie gegen die Diktatoren zur Tat schreiten, die am helllichten Tag eine Wahl geklaut und iranische Demonstranten niedergeschossen haben, die in den Straßen an ihrem eigenen Blut erstickten? Wird die internationale Gemeinschaft den bösartigsten Sponsoren und Praktikern des Terrors entgegentreten?

Und vor allem: Wird die internationale Gemeinschaft das terroristische Regime des Iran daran hindern, Atomwaffen zu entwickeln und damit den Frieden der gesamten Welt zu gefährden?

Das iranische Volk bietet seinem Regime mutig die Stirn. Menschen guten Willens auf der ganzen Welt sind mit ihnen, so wie die Tausende, die draußen vor diesem Saal demonstriert haben. Werden die Vereinten Nationen ihnen zur Seite stehen?

Meine Damen und Herren,

Das letzte Wort zu den Vereinten Nationen ist noch nicht gesprochen, und jüngste Anzeichen sind nicht ermutigend. Statt die Terroristen und ihre iranischen Patronen zu verurteilen, haben einige hier ihre Opfer verurteilt. Das ist genau, was ein aktueller UN-Bericht zu Gaza getan hat, der fälschlich die Terroristen mit denen gleichgesetzt hat, die von ihnen angegriffen wurden.

Acht Jahre lang hat die Hamas Tausende von Raketen und Mörsergranaten von Gaza aus auf nahe gelegene israelische Städte abgefeuert. Jahr für Jahr, da diese Raketen mutwillig auf unsere Zivilisten geschleudert wurden, ist keine einzige UN-Resolution verabschiedet worden, die diese kriminellen Angriffe verurteilte. Wir haben nichts, absolut nichts vom UN- Menschenrechtsrat gehört, einer falsch benannten Einrichtung, wie sie im Buche steht.

Im Jahr 2005 zog sich Israel in der Hoffnung, den Frieden voranzubringen, einseitig von jedem Fußbreit des Gaza-Streifens zurück. Es räumte 21 Siedlungen und entwurzelte über 8000 Israelis. Wir haben keinen Frieden bekommen. Stattdessen erhielten wir eine iranisch gestützte Terrorbasis fünfzig Meilen von Tel Aviv entfernt. Das Leben in den israelischen Städten und Ortschaften nahe Gaza wurde zu einem Albtraum. Die Raketenangriffe der Hamas wurden nicht nur fortgesetzt, sie wurden ums zehnfache gesteigert. Abermals schwieg die UNO.

Letztendlich, nach acht Jahren unablässigen Beschusses war Israel gezwungen zu reagieren. Aber wie sollten wir reagieren? Nun, es gibt nur ein Beispiel in der Geschichte, wo Tausende von Raketen auf die Zivilbevölkerung eines Landes abgefeuert wurden. Es geschah, als die Nazis während des Zweiten Weltkriegs britische Städte bombardierten. Während dieses Krieges ebneten die Alliierten deutsche Städte ein, mit Hunderttausenden von Opfern. Israel entschied sich anders zu reagieren. Gegenüber einem Feind, der ein doppeltes Kriegsverbrechen beging, indem er auf Zivilisten schoss, während er sich hinter Zivilisten verschanzte, suchte Israel chirurgische Eingriffe gegen die Raketenwerfer durchzuführen.

Das war nicht leicht, da die Terroristen von Wohnhäusern und Schulen aus Raketen abfeuerten und dabei Moscheen als Waffendepots missbrauchten und Sprengstoff in Krankenwagen transportieren. Israel versuchte im Gegensatz dazu, die Zahl der Opfer zu minimieren, indem es palästinensische Zivilisten dazu drängte, die ins Visier genommenen Gebiete zu verlassen.

Wir haben unzählige Flugblätter über ihren Häusern abgeworfen, Tausende von Textnachrichten verschickt und Tausende Mobiltelefone angerufen, um die Menschen zum Verlassen aufzufordern. Niemals ist ein Land so weit gegangen, um Schaden von der Zivilbevölkerung des Feindes abzuwenden.

Doch wen entschied sich der UN-Menschenrechtsrat in Anbetracht solch eines klaren Falles von Aggressor und Opfer zu verurteilen? Israel. Eine sich rechtmäßig gegen Terror zur Wehr setzende Demokratie wird moralisch gehängt, gestreckt und gevierteilt und erhält obendrein noch einen unfairen Prozess.

Bei diesen verrenkten Standards hätte der UN-Menschenrechtsrat Roosevelt und Churchill als Kriegsverbrecher auf die Anklagebank schleifen müssen. Was für eine Perversion der Wahrheit. Was für eine Perversion der Gerechtigkeit.

Delegierte der Vereinten Nationen,

Werden Sie diese Farce akzeptieren?

Sollten Sie dies tun, würden die Vereinten Nationen zu ihren dunkelsten Tagen zurückkehren, als die schlimmsten Menschenrechtsverletzer über gesetzestreue Demokratien zu Gericht saßen, als der Zionismus mit Rassismus gleichgesetzt wurde und eine automatische Mehrheit erklären konnte, dass die Erde flach sei.

Wenn diese Körperschaft diesen Report nicht zurückweist, würde dies eine Botschaft an Terroristen allerorts übermitteln: Terror zahlt sich aus; wenn du deine Attacken von dicht besiedelten Gebieten aus beginnst, wirst du Immunität gelangen. Außerdem würde diese Körperschaft mit der Verurteilung Israels dem Frieden einen Todesstoß versetzen. Und zwar aus folgenden Grund.

Als Israel Gaza verlassen hat, hofften viele, die Raketenangriffe würden aufhören. Andere glaubten, dass Israel wenigstens die internationale Legitimität haben würde, sein Recht auf Selbstverteidigung auszuüben. Welche Legitimität? Welche Selbstverteidigung?

Dieselbe UNO, die Israel applaudiert hat, als es Gaza verließ, und uns versprochen hat, unser Recht auf Selbstverteidigung zu unterstützen, klagt uns – mein Volk, mein Land – nun der Kriegsverbrechen an? Und weswegen? Wegen verantwortlichen Handelns in Selbstverteidigung? Was für ein Hohn!

Israel hat sich rechtmäßig gegen Terror verteidigt. Dieser parteiische und ungerechte Bericht ist ein klarer Test für alle Regierungen. Werden Sie auf Israels Seite sein oder auf der der Terroristen?

Wir müssen die Antwort auf diese Frage nun erfahren. Jetzt und nicht später. Denn wenn Israel erneut gefragt wird, mehr Risiken für den Frieden auf sich zu nehmen, müssen wir heute wissen, dass Sie morgen auf unserer Seite stehen werden. Nur wenn wir die Gewissheit haben, dass wir uns selbst verteidigen

können, werden wir in der Lage sein, weitere Risiken für den Frieden einzugehen.

Meine Damen und Herren,

Ganz Israel will Frieden.

Jedes Mal wenn ein arabischer Führer wirklich Frieden mit uns schließen wollte, haben wir Frieden geschlossen. Wir haben Frieden mit Ägypten unter der Führung Anwar Sadats getroffen. Wir haben Frieden mit Jordanien unter der Führung König Husseins geschlossen. Und wenn die Palästinenser wirklich Frieden wollen, werden ich und meine Regierung und das ganze israelische Volk Frieden schließen. Aber wir wollen einen echten Frieden, einen verteidigungsfähigen Frieden, einen dauerhaften Frieden. 1947 stimmte diese Körperschaft für die Gründung von zwei Staaten für zwei Völker – einen jüdischen Staat und einen arabischen Staat. Die Juden haben diese Resolution akzeptiert. Die Araber haben sie zurückgewiesen.

Wir bitten die Palästinenser darum, endlich das zu tun, was sie sich 62 Jahre lang zu tun geweigert haben: ja zu sagen zu einem jüdischen Staat. So wie wir darum gebeten werden, einen Nationalstaat für das palästinensische Volk anzuerkennen, müssen die Palästinenser darum gebeten werden, den Nationalstaat des jüdischen Volkes anzuerkennen. Das jüdische Volk ist kein fremder Eroberer im Land Israel. Dies ist das Land unserer Vorfäter.

An der Wand außerhalb dieses Gebäude steht die große biblische Friedensvision geschrieben: „Eine Nation soll nicht gegen eine andere Nation das Schwert erheben. Sie sollen keinen Krieg mehr lernen.“ Diese Worte wurden vor 2800 Jahren von dem jüdischen Propheten Jesaja gesprochen, als er in meinem Land, meiner Stadt, in den Hügeln von Judäa und den Straßen von Jerusalem wandelte.

Wir sind keine Fremden in diesem Land. Es ist unser Heimatland. So tief verbunden wir mit dem Land sind, erkennen wir doch, dass die Palästinenser auch dort leben und eine eigene Heimat haben wollen. Wir wollen Seite an Seite mit ihnen leben, zwei Völker, die in Frieden, Wohlstand und Würde leben.

Aber wir müssen Sicherheit haben. Die Palästinenser sollten alle Befugnisse zur Selbstregierung haben, außer einer Handvoll von Befugnissen, die Israel gefährden könnten.

Daher muss ein palästinensischer Staat effektiv entmilitarisiert werden. Wir wollen kein weiteres Gaza, keine weitere iranisch gestützte Terrorbasis, die an Jerusalem angrenzt und wenige Kilometer entfernt von Tel Aviv in den Hügeln sitzt.

Wir wollen Frieden.

Ich glaube, dass solch ein Frieden erzielt werden kann. Aber nur, wenn wir die Terrorkräfte zurückdrängen, die vom Iran geführt werden, die den Frieden zu zerstören, Israel zu vernichten und die Weltordnung zu überwinden trachten. Die Frage, die sich der internationalen Gemeinschaft stellt, ist, ob sie bereit ist, diesen Kräften entgegenzutreten oder ob sie sich mit ihnen arrangiert.

Vor mehr als 70 Jahren beklagte Winston Churchill was er die „bestätigte Unbelehrbarkeit der Menschheit“ nannte, die bedauerliche Angewohnheit zivili-sierter Gesellschaften, so lange zu schlafen, bis die Gefahr sie fast überwältigt.

Churchill beklagte was er den „Mangel an Voraussicht, die Unwilligkeit zu handeln, wenn Handeln einfach und effektiv wäre, das Fehlen klaren Denkens, das Durcheinander des Beratens bis der Notfall eintritt, bis der kreischende Gong der Selbsterhaltung ertönt“.

Ich spreche heute hier in der Hoffnung, dass Churchills Einschätzung der „Unbelehrbarkeit der Menschheit“ ein für alle mal widerlegt wird.

Ich spreche hier heute in der Hoffnung, dass wir aus der Geschichte lernen können – dass wir die Gefahr rechtzeitig abwenden können.

Lassen Sie uns im Geiste der zeitlosen Worte Josuas von vor über 3000 Jahren stark und guten Mutes sein. Lassen Sie uns dieser Gefahr begegnen, unsere Zukunft sichern und, so Gott will, einen dauerhaften Frieden für die kommenden Generationen schmieden.“

(Außenministerium des Staates Israel, 24.09.09)